

**Projektland: Rumänien****Quartal/Jahr: April bis Juni 2010****I. Schlagzeilen:**

- Schwere Tage für Regierung: Opposition stellt Vertrauensfrage
- Mehrwertsteuer um fünf Prozent erhöht
- Rezession hält an, Erholung der rumänischen Wirtschaft frühestens 2011 erwartet
- Vertrauen in Präsident, Regierung und Regierungspartei drastisch gesunken
- 23 Tote bei schweren Überschwemmungen im Land

POLITIK**Innenpolitik**

Nach Meinung des rumänischen Innenministers und zugleich Generalsekretär der regierenden demokratisch liberalen Partei (PD-L), Vasile Blaga, wie er unlängst in einem Fernsehinterview erklärte, befindet sich Rumänien in der schwierigsten Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Ähnlich äußerte sich auch Mugur Isărescu, der auch international anerkannte Gouverneur der Nationalbank. Nach seiner Aussage decken die monatlichen Staatseinnahmen lediglich zwei Drittel der monatlichen Ausgaben. In ihrem Konjunkturgutachten, das Anfang Mai in Brüssel veröffentlicht wurde, warnt die Europäische Kommission, dass das rumänische Haushaltsdefizit in diesem Jahr ohne zusätzliche Sparanstrengungen voraussichtlich 8 % des Bruttoinlandsprodukts betragen wird. Unter dieser Voraussetzung verhandelte die Regierung Emil Boc mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Anhebung des für 2010 vorgesehenen Haushaltsdefizits von ursprünglich 5,9 % auf 6,8 % des Bruttoinlandsproduktes. Zur Eingrenzung der ausufernden öffentlichen Ausgaben wurden folgende Sparmaßnahmen angekündigt: Kürzung der Gehälter von Staatsangestellten um 25 % für die Dauer von sechs Monaten sowie Kürzung der Renten und Sozialhilfesätze um 15 %. Diese sozialen Einschnitte stießen natürlich im Parlament bei der Opposition auf erbitterten Widerstand. Auch wurde von den Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen, der allerdings keine allzu große Wirkung zeigte. Der Ungarnverband (UDMR) und die neu gegründete Partei der Unabhängigen, die Nationale Union für den Fortschritt Rumäniens (UNPR) nutzen die Gunst der Stunde, sich als Wahrer der Interessen Sozialschwacher zu profilieren. So konnten sie als notwendige Mehrheitsbeschaffer der Regierung einige ihrer Forderungen wie die Festschreibung der Mindestrente und des Mindestlohns durchsetzen. Auch wird nun das Elterngeldes nur um 15% statt wie geplant um 25 % gekürzt. Die Vertreter der Opposition und der Gesellschaft allgemein fordern von der Regierung zur Wahrung des sozialen Friedens auf die Belastung der Renten zu verzichten und stattdessen mehr im Bereich der öffentlichen Ausgaben und Beschaffungen durch aktive Bekämpfung der Korruption einzusparen. Auch auf Druck des IWF, der die Auszahlung der fünften Tranche von der Durchsetzung der Spargesetze bis Ende Juni abhängig machte, war Ministerpräsident Boc gezwungen, im Parlament die

Vertrauensfrage zu stellen, um seine beiden wichtigsten Spargesetze, Gehalt- und Rentenkürzung, durchzusetzen. Ohne diese Ausgabenkürzung – so seine Begründung – drohe Rumänien bis zum Jahresende die Zahlungsunfähigkeit. Die Sozial-Demokratische Partei (PSD) brachte mit Unterstützung der Nationalliberalen einen Misstrauensantrag ein, politisch unreif betitelt mit „Stoppt den sozialen Genozid“. Den Tag der Debatte des Misstrauensantrag nutzten die Gewerkschaften, nochmals zum Streik aufzurufen: So blockierten Demonstranten rund um das Parlament den Verkehr und versuchten die Polizeisperren zu durchbrechen und ins Parlament einzudringen. Der Misstrauensantrag scheiterte nur knapp. Trotz Regierungsmehrheit und der Unterstützung der Gruppe der Unabhängigen fehlten nur acht Stimmen zum Erfolg. Mindestens neun Abgeordnete und Senatoren aus der Regierungskoalition stimmten mit der Opposition und so für den Sturz des eigenen Kabinetts. Trotz des Siegs im Parlament war die Freude der Regierung nicht von langer Dauer. Das Verfassungsgericht erklärte die Rentenkürzung und die Neuberechnung von Richterrenten als verfassungswidrig und schickte die Spargesetze zurück ans Parlament. Um die Vorgaben des IWF zu erfüllen, ersetzte die Regierung die Einsparung durch die 15-prozentige Rentenkürzung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 24 %. So hatte sich die PD-L bis dato geweigert, Steuererhöhungen einzuführen und so den Aufschwung und die Privatwirtschaft nicht zu gefährden. So ließ das Verfassungsgericht der Regierung keine andere Wahl, um noch fristgerecht die Auflagen des IWF zu erfüllen.

Dieser politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Hintergrund führte zu schwerwiegenden Folgen in den Ergebnissen der Meinungsumfragen. Eine von der PDL bei CSOP bestellte Analyse ergab, dass das Vertrauen in den amtierenden Präsidenten Traian Băsescu dramatisch bis auf 20 % gesunken ist. 36,2 % der Befragten geben ihm die Schuld der jetzigen falschen Entwicklungsrichtung, 24,4 % dem Premier Boc. Im Folgenden die Rangliste der Parteien:

Partei	CSOP(bestellt von der PDL) Ende Mai 2010 in %
PSD + PC	33
PDL	25
PNL	24

Außenpolitik

László Tőkés, Abgeordneter des Ungarnverbands in Rumänien (UDMR), wurde zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt als Nachfolger des ungarischen Europaabgeordneten, Pál Schmitt. Seine Kandidatur wurde von der rumänische EVP-Delegation unterstützt.

Der Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, besuchte Rumänien in offizieller Funktion. In seiner Rede vor den beiden Kammern, Parlament und Senat, lobte er ausdrücklich den geplanten Sparkurs der Regierung und betonte, dass die Krise nur durch strenge Reformen und Solidarität überwunden werden kann.

Im Rahmen der bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen besuchten Bundesaußenminister Guido Westerwelle sowie der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer Bukarest und Hermannstadt/Sibiu. Innenminister Vasile Blaga nahm in Dinkelsbühl am Heimattag der Siebenbürger Sachsen teil.

Im vergangenen Jahr sind 56000 Rumänen nach Deutschland ausgewandert, von denen allerdings 44000 wieder heimkehrten. Damit belegt Rumänien den zweiten Platz in einer Rangliste der Zu- bzw. Auswanderer in der BRD.

Präsident Traian Băsescu reiste nach Prag, wo er - in der Residenz des US-Botschafters - an einem kurzen Treffen mit Präsident Barack Obama teilnahm.

Ende Juni beschloss der Oberste Verteidigungsrat unter dem Vorsitz von Präsident Traian Băsescu die Reduzierung um fast ein Fünftel der Zahl der für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Soldaten.

WIRTSCHAFT

Laut einer Studie des Beratungsunternehmers CMA Data Vision, welches die Zahlungsfähigkeit des Staates berücksichtigt, gehört Rumänien derzeit zu den zehn risikoreichsten Ländern der Welt. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt auch ein Bericht der Weltbank, der die Fähigkeit Rumäniens bewertet, seine Staatsschulden zurück zu zahlen. Rumänien ist aufgrund der hohen Investitionen aus Griechenland besonders Risiko gefährdet. Weiter sind Rumänien und Lettland die einzigen europäischen Länder, so ein weiterer von der Weltbank vorgelegter Wirtschaftsbericht Global Economic Prospects 2010, die auch heuer mit einem wirtschaftlichen Abschwung zu rechnen haben.

Das Vertrauen der Unternehmer und Verbraucher in die rumänische Wirtschaft ist nach einem Bericht der Europäischen Kommission weiterhin auf Talfahrt. Danach wurde im Juni 2010 der größte Vertrauensverlust im Baugewerbe und im Einzelhandel registriert. Laut Finanzminister Sebastian Vlădescu ist auch 2011 keine besondere Erholung der rumänischen Wirtschaft zu erwarten. Voraussichtlich bleibt das Wachstum unter einem Prozent. Das vom IWF zu Jahresbeginn für 2011 vorausgesagte 5,1-prozentige Wachstum ist inzwischen Geschichte. Trotzdem verbesserte sich Rumäniens Ratingperspektive, auch als Folge der guten Kooperation der Regierung mit dem IWF im Rahmen des Stand-By-Vertrags, von negativ auf stabil.

In diese Richtung gingen auch die Ergebnisse einer Umfrage der deutschen Außenhandelskammern unter deutschen Unternehmen in 15 mittel- und osteuropäischen Staaten: Obwohl die Unvorhersehbarkeit der Gesetzgebung und der Regierungsaktivitäten sowie die unzulängliche Infrastruktur eher zu schlechten Bewertungen führten, erklärten sich dennoch 81 % der deutschen Investoren in Rumänien zufrieden mit der Standortwahl.

Im Folgenden die neusten vom rumänischen Statistikamt und den verschiedenen Behörden veröffentlichten Eckdaten der rumänischen Wirtschaft im ersten Halbjahr 2010:

In den ersten fünf Monaten 2010 stieg das Haushaltsdefizit Rumäniens auf 16,7 Milliarden Lei, das sind auf 3,1 % des ursprünglichen für 2010 vorgesehenen Bruttoinlandsprodukts von 538,9 Milliarden Lei. Inzwischen wurde die Wachstumsprognose mit dem IWF auf 0% – 0,5 % nach unten korrigiert. Analysten der ING Bank rechnen mit einem Minus von 1 % – 1,4 %. Das für das Jahresende vorhergesagte Defizit wurde nach oben korrigiert und beläuft sich nun auf 6,8 % des BIP. Als Folge der Mehrwertsteuererhöhung von 5 % erwartet man ab Juli größere Einnahmen. Ein Problem für die Staatseinnahmen stellt auch die Schattenwirtschaft dar, die Ende des ersten Quartals 2010 nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik 20,4 % des BIP ausmachte. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Mehrwertsteuerbetrugs entwickelten sich so zu einem besonders wichtigen Anliegen der Regierung. Auf der Ausgabenseite sollen durch die 25-prozentige Reduzierung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, durch die Verminderung der Sozialhilfen sowie die Personal- und Kostenkürzungen in staatlichen Institutionen die für die Haushaltssanierung notwendigen Mittel eingespart werden. Um seinen Aufgaben nachkommen zu können, wird der Staat in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres weitere 3 Milliarden Euro, so das Finanzministerium, Schulden aufnehmen müssen. Verglichen mit dem ersten und letzten Quartal 2009 ist die rumänische Wirtschaft im ersten Quartal 2010 um 2,6 % bzw. 0,3 %

geschrumpft. Einziger Pluspunkt war die Entwicklung im Außenhandel. Die Exporte stiegen um 19,5 % und die Importe um 14,9 %. Nach 16 Monaten wuchs das Leistungsbilanzdefizit erstmals wieder zwei Monate in Folge und betrug Ende des ersten Quartals 2010 ca. 1,5 Milliarden Euro. Dies sind 65,5 % mehr als im Vorjahr. Hauptgrund des steigenden Fehlbetrags war, so die Nationalbank, der kleinere Überschuss der Übertragungsbilanz. Die ausländischen Direktinvestitionen von 754 Millionen Euro, knapp die Hälfte der Vorjahresperiode, decken das Leistungsbilanzdefizit zu 50,1 %. Die Industrieproduktion stieg im ersten Quartal 2010 im Vorjahresvergleich um 4,1 %. Der Energiebereich und die verarbeitende Industrie legten dabei zu, während sich die Förderindustrie verschlechterte. In derselben Zeitspanne verbesserte sich auch die Auftragslage der in der Industrie tätigen Unternehmen um 5,9 % im Vorjahresvergleich. Ein Umsatzplus von 8,4 % erzielte auch der Dienstleistungssektor. In den ersten vier Monaten 2010 machte der rumänische Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) um sieben Prozent weniger Umsatz als im Vorjahr. Die Arbeitsproduktivität pro Stunde und Beschäftigter verschlechterte sich um ein Prozent.

Die mittel- und langfristige Außenverschuldung Rumäniens stieg Ende April bis auf 70,474 Milliarden Euro, das sind ca. 81,4 % der Gesamtverschuldung. Nachdem sie in den vergangenen Monaten mehrmals auf Rekordstände gestiegen waren, fielen die Devisenreserven der Nationalbank im Mai 2010 als Folge fälliger Schuldentilgung auf 31,98 Milliarden Euro. Im Juni 2010 wurde der höchste Wechselkurs Euro – Leu seit der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung registriert (4,3597 RON für einen Euro). Zusammen mit der Mehrwertsteuererhöhung führte das zu Preiserhöhungen und dementsprechend zu sozialen Unruhen. Die Freigabe durch den IWF der fälligen 900 Millionen Euro schuf neues Vertrauen in die rumänische Währung. So erholte sich der Leu innerhalb einer Woche auf ca. 4,23 RON. Abschließend eine Meldung der Nationalbank, der zufolge die Bankeinlagen in Devisen und Lei, in der Zeitspanne Mai 2009 – Mai 2010, um 8,4 % stiegen.

GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Ende Mai 2010 lag die Inflationsrate in Rumänien bei 4,42 %. Die rumänische Nationalbank erhöhte ihre Jahresprognose von 3,5 % auf 3,7 %, Analysten bis auf 4,7 %. Pessimisten befürchten nun, nach der Mehrwertsteuererhöhung und den damit verbundenen Preiserhöhungen sogar einen Inflationsanstieg von 8 %.

In Rumänien, vor allem im südlichen, östlichen und nord-östlichen Teil, entlang der Donau und der Flüsse Siret und Prut, fanden schwere Überschwemmungen statt, bei denen 23 Menschen ums Leben kamen.

Bukarest, den 10. Juli 2010

Luise Schifter Popescu
Klaus Sollfrank